

Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands von 1930 bis 1945

Von Hans Berger

I

Die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ist in Deutschland von der durch die Industrialisierung verursachten Wanderung breiter Volksschichten vom Land in die Städte gekennzeichnet. Diese Wanderung bis dahin in engem Verband lebender Menschen in die Anonymität bedeutete nicht nur ein Ausgesetztsein wechselnder wirtschaftlicher Konjunktur ohne Rückhalt an schützenden Institutionen, sondern selbst bei ausreichender wirtschaftlicher Sicherstellung Heimatlosigkeit. Wenn heute katholische Sozialwissenschaftler die Auffassung vertreten, die Kirche hätte mit einer um dreißig Jahre vorgezogenen Enzyklika »Rerum novarum« den Abfall breiter Schichten vom Glauben verhindern können, so überbewerteten sie soziale Faktoren und unterbewerteten zugleich weit entscheidendere durch die Verstädterung erzeugte psychologische. Eine neue Klasse der Gesellschaft entstand, die mit der sie hegenden Heimat überwiegend auch das verlor, was ihr bisher unbewußt und traditionell Rückhalt gegeben hatte: Sitte, Religion und Kirche. In diese Lücke stieß der Sozialismus als Ersatzreligion, indem er eine Utopie wirtschaftlicher Sicherheit und irdischer Beglückung entwickelte sowie eine neue sich bis auf den heutigen Tag auswirkende Beheimatung bot. Zunehmend verloren die christlichen Kirchen Gläubige dieser Schicht und versuchten unter Berufung auf das Evangelium wirtschaftlicher Notlage durch caritative Hilfe zu begegnen. Im Jahr 1863 befaßte sich die Generalversammlung der deutschen Katholiken in Frankfurt am Main mit der Arbeiterfrage als einer Strukturfrage, und 1864 veröffentlichte Bischof Ketteler sein Buch »Die Arbeiterfrage und das Christentum«.

Während der Sozialismus auch unter der katholischen Arbeiterschaft Anhänger gewann und der Kirche zumeist innerlich entfremdete Menschen für sich warb, dauerte es Jahrzehnte, bis die Katholiken dieses für die Kirche sehr ernste Problem, das sich nicht mehr in den überkommenen Formen der Seelsorge lösen ließ, organisatorisch aufgriffen. Im Jahr 1890 wurde der Volksverein für das katholische Deutschland als Bildungsinstitut gegründet. Hier und in dem Verein Arbeiterwohlfahrt liegen die Wurzeln des im Jahr 1903 entstandenen Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, zu dem sich die Diözesanverbände Köln, Münster, Paderborn und Fulda sowie einzelne Arbeitervereine der Diözesen Osnabrück, Limburg und Trier zusammenschlossen. Vorsitzender wurde der Generalsekretär des Volksvereins in München-Gladbach, August Pieper, auf dessen Wunsch hin der Kölner Erzbischof den jungen Kaplan Otto Müller, der später als Piepers Nachfolger als Verbandspräsident maßgeblich die Arbeitervereine gestalten sollte, zum Generalsekretär ernannte.

Schon am 1. April 1889 hatte Pieper als Diözesanpräsident der katholischen Arbeitervereine des Erzbistums Köln die »Westdeutsche Arbeiterzeitung« (WAZ) mit einer Startauflage von 1200 Stück geschaffen,¹ die am 1. April 1906 in den Verlag Westdeut-

1 Emil Ritter, Die Katholisch-Soziale Bewegung und der Volksverein. Köln 1954, S. 288.

sche Arbeiterzeitung GmbH eingebracht wurde. Die Zeitung wurde von einem Arbeiter, Johann Giesberts, redigiert, der 1906 die Schriftleitung nach seiner Wahl in den Reichstag an Joseph Joos abgab. Die WAZ sollte als Sprachrohr der katholischen Arbeitervereine und vor allem als Bildungsorgan über den Kreis der unmittelbar Angesprochenen hinaus Bedeutung gewinnen. Sie verzichtete auf alles Plakative und forderte vom Leser gründliches Mitdenken. Jeden Samstag über ein wohl organisiertes System von Vertrauensleuten verbreitet, sicherte sie einen unmittelbaren Kontakt zwischen den Mitgliedern und deren Familien bis hin zur Verbandsleitung. Bis 1914 wurde die Auflage auf 200 000 Stück gesteigert. Der Zeitungsbezug war die wesentliche Finanzierungsquelle der Verbandszentrale. Die Bezugsquote von WAZ und »Werkjugend«, dem Organ der katholischen Arbeiterjugend, war in den einzelnen Diözesen unterschiedlich. Sie lag Ende 1930 zwischen 94,3 Prozent in der Diözese Münster und 30,7 Prozent in der Diözese Fulda. Im Durchschnitt lag sie bei 83,2 Prozent. Verbandsbeitrag und monatlicher Bezugspreis der WAZ betragen 0,30 RM.

Ein jüngerer Historiker, Jürgen Aretz, hat die Geschichte des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands von 1923 bis 1945 unter Verwendung der Literatur und der Ergebnisse von Befragungen solcher Personen, die diese Zeit ganz oder teilweise miterlebt haben, geschrieben.² Die Arbeit, die der Bonner Historiker Konrad Reppen betreut hat, erschien im Rahmen der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Sie gab dem Verfasser dieses Aufsatzes, der von 1928 bis 1964 den katholischen Arbeitervereinen nahestand und die meisten ihrer führenden Persönlichkeiten mit Ausnahme von Diözesanpräses Gickler, der gleichzeitig das Amt des Generalsekretärs des westdeutschen Verbandes innehatte, persönlich kannte, Gelegenheit, eigene Erlebnisse aus diesem turbulenten Abschnitt deutscher Geschichte erneut zu durchdenken. Eine Arbeit von Oswald Wachtling über Joseph Joos³, die der Speyerer Historiker Rudolf Morsey betreute, ergänzt in der Person einer der führenden Persönlichkeiten der Arbeitervereine diejenige von Aretz in idealer Weise, obwohl sie vier Jahre früher erschienen ist.

Der westdeutsche Verband hatte die meisten Mitglieder unter den regional auf gegliederten Organisationen katholischer Arbeiter und übte den größten Einfluß sowohl auf dem sozialen als auch dem politischen Sektor aus. 1910/11 erfaßten die gesamten Arbeitervereine unter Einbeziehung der polnischen Arbeiter im Reichsgebiet etwa 500 000 Mitglieder, wobei der westdeutsche Verband in der Zeit von 1910 bis 1913 von 961 auf 1219 Vereine anwuchs und die Zahl der in ihm Organisierten von 171 302 auf 220 290 steigerte. Das bedeutete, daß der westdeutsche Verband mehr als ein Viertel der in diesem Gebiet lebenden katholischen Industriearbeiter an sich band. In der Nachkriegszeit setzte zeitweise ein Rückgang der Mitgliederzahl ein, die 1925 etwa 173 000 betrug. 1927 wurde in Koblenz der Reichsverband der katholischen Arbeitervereine Deutschlands mit 281 927 Mitgliedern gegründet, eine Zahl, die sich bis 1931 auf 314 849 erhöhte. Zum Generalsekretär des Reichsverbandes wurde der bisherige Bezirkspräses von Elberfeld, Hermann Joseph Schmitt, bestellt. 1927 waren Bernhard

2 Jürgen Aretz, *Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus*. Mainz 1978.

3 Oswald Wachtling, *Joseph Joos – Journalist, Arbeiterführer, Zentrumsolitiker – Politische Biographie 1878-1933*. Mainz 1974.

Letterhaus als Verbandssekretär und Nikolaus Groß als Redakteur der WAZ in die Verbandszentrale berufen worden.

Nach 1925 gelang der Nachwuchsorganisation der Arbeitervereine, der Werkjugend, der Durchbruch in der katholischen Arbeiterjugend. In ihr fanden sich Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren zusammen. Die Leitung wurde Gickler übertragen, während neben Jansen als Redakteur der Halbmonatsschrift »Werkjugend« Goebel als Jugendsekretär tätig war. Obgleich in den zwanziger Jahren etwa 30 Prozent der katholischen Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren von katholischen Jugendorganisationen erfaßt waren, gelang es der Werkjugend bis 1930 30 000 Mitglieder zu werben und die Auflage der Halbmonatsschrift auf 10 000 Exemplare zu steigern. Nach dem Machtantritt des Nationalsozialismus sollte die Werkjugend keine Rolle mehr spielen.

Joos richtete die Vereine als katholische Standesbewegung mit besonderem Bildungsauftrag aus. Die Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften waren zwar eng, insofern ein Mitglied der Arbeitervereine keiner anderen Gewerkschaft angehören durfte. Andererseits legte die Führung der Arbeitervereine Wert auf klare Aufgabentrennung und Distanz. Ein Gegensatz zwischen beiden, wenn auch stark personell bedingt, trat auf dem Kölner Parteitag des Zentrums im Jahr 1928 zutage, als sowohl der Führer der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, als auch Joos für den Parteivorsitz kandidierten, so daß der Ausweg schließlich in der Person des Prälaten Kaas gefunden wurde. Andererseits standen die Arbeitervereine in engem Kontakt mit dem Zentrum, so daß praktisch die Zugehörigkeit zu den Arbeitervereinen eine Mitgliedschaft in einer anderen Partei als dem Zentrum ausschloß. Mehrfach habe ich mich über diese Frage mit Groß unterhalten, der dezidiert den Standpunkt vertrat, daß die Wahl einer anderen Partei als des Zentrums durch katholische Arbeiter auf die Dauer das Verhältnis dieses Wählers zur katholischen Kirche negativ beeinflussen werde. Spätestens in der folgenden Generation werde das Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Partei zur Gleichgültigkeit gegenüber der Kirche führen, da sich die Lebensbereiche von Kirche und Welt bewußtseinsmäßig nicht voneinander trennen ließen. Ein gläubiger Mensch werde die Welt als Auftrag Gottes anders zu gestalten suchen und andere Wertmaßstäbe anlegen als ein nichtgläubender.

Im Jahr 1928 wurde die Zentrale der Arbeitervereine Westdeutschlands von München-Gladbach in das neuerbaute Kettelerhaus in Köln verlegt. Damit wurde gleichzeitig die Trennung vom Volksverein demonstriert.

In dieser Zeit nahm ich, ohne Mitglied zu werden, Kontakt mit den Arbeitervereinen auf. Damals war ich Student der Rechte in Köln und arbeitete regelmäßig in kleinen, nicht gezeichneten Artikeln und in Aufsätzen zu staatsrechtlichen Fragen an der WAZ mit. Gelegentlich schrieb ich auch für die »Werkjugend« und die in demselben Haus redigierte und ursprünglich von Joseph Joos und Emil Ritter gemeinsam herausgegebene Wochenzeitung »Der Deutsche Weg«, der es meiner Erinnerung nach nie über eine Auflage von 2500 Exemplaren hinaus bringen sollte, dennoch in der Publizistik der damaligen Zeit Beachtung fand.

Zur katholisch-sozialen Bewegung hatte mich die regelmäßige Lektüre der beiden katholischen Wochenschriften »Allgemeine Rundschau« (München) sowie »Schönere Zukunft« (Wien) geführt, auf die ich schon als Schüler abonniert war, und das Studium von Büchern wie Peter Tischleder, »Ursprung und Träger der Staatsgewalt nach der

Lehre des hl. Thomas und seiner Schule⁴, Ludwig Baur und Karl Rieder »Päpstliche Enzykliken und ihre Stellung zur Politik«⁵, Peter Tischleder »Die Staatslehre Leos XIII.«⁶, Heinrich Rommen »Die Staatslehre des Franz Suarez SJ«⁷, F. X. Kiefl »Die Staatsphilosophie der katholischen Kirche und die Frage der Legitimität in der Erbmonarchie«⁸, Johann Peter Steffes »Die Staatsauffassung der Moderne«⁹ und später von demselben Autor »Religion und Politik«¹⁰. Für mich war eine säkularisierte Politik, die von Gott und Kirche abstrahierte, eine Verneinung des Gottes, der das All geschaffen und damit seinem Gesetz unterworfen hatte. Zu den Arbeitervereinen führte mich die Überlegung, daß hier ein Stand in die deutsche Volksgemeinschaft eingegliedert werden müsse, für mich zugleich eine religiöse und nationale Aufgabe.

In dieser Zeit lernte ich den Verbandspräsidenten Otto Müller kennen, der mehr zuhörte als redete, den Verbandsvorsitzenden Joseph Joos, den Verbandssekretär Bernhard Letterhaus, einen ebenso aktiven wie entschlossenen Politiker, der manchmal soziale Ideen, die ich der »Schöneren Zukunft« entnommen hatte, scharf mit einem ihm stets gegenwärtigen Zahlenmaterial konfrontierte, den Schriftleiter der WAZ, Nikolaus Groß, mit dem ich regelmäßig konferierte und den ich infolgedessen am besten kennenlernte, sowie den Schriftleiter der »Werkjugend«, Jansen, und die Redakteure des »Deutschen Wegs«, Ritter und Drenker. Die Finanzierung des »Deutschen Wegs« erfolgte über die Westdeutsche Arbeiterzeitung GmbH. Als ich 1939 aus dem Justizdienst ausschied und zum Reichskommissar für die Preisbildung nach Berlin ging, um dort Sachbearbeiter für Binnenschiffsfragen zu werden, lernte ich durch Vermittlung des Kettelerhauses den ehemaligen Generalsekretär des Reichsverbandes der katholischen Arbeitervereine, Hermann Joseph Schmitt, und viele aus dessen großem Bekanntenkreis wie den Herausgeber der »Deutschen Rundschau«, Rudolf Pechel, kennen. Zu dieser Zeit war Schmitt als Studentenseelsorger in Berlin tätig, ohne jedoch seine engen Bindungen zu den katholischen Arbeitervereinen gelockert zu haben. Er war ein umfassend gebildeter Mann und mit einem außerordentlichen Rednertalent ausgestattet. Philosophisch lag er auf der Linie des Neo-Thomismus und fand von hier Zugang zur Politik. In allen politischen Fragen war seine Stellung letztlich philosophisch-religiös gegründet. Für ihn war Politik gelebter Glaube. Bald sollte uns eine enge, durch die Zeitverhältnisse begründete Freundschaft bis zu seinem Tod im April 1964 verbinden.

Als ich die Fühlung mit der Zentrale der katholischen Arbeitervereine aufnahm, schien sich trotz häufiger Kabinettskrisen die Weimarer Demokratie zu festigen. In Wort und Tat wirkten die Arbeitervereine in dieser Richtung. Allerdings trennte auch demokratisch eingestellte Gruppen ein grundlegender Unterschied im Hinblick auf die verfassungsrechtliche Gestaltung des Deutschen Reiches: Die eine erstrebte eine liberal-soziale Demokratie, während eine andere, zu der auch ich mich rechnete, eine konservativ-soziale Demokratie wollte, wie sie der erste Verbandspräsident der westdeutschen Arbeitervereine, Pieper, später in seinem Buch »Der Staatsgedanke der deutschen

4 München-Gladbach 1923.

8 Regensburg 1928.

5 Freiburg 1923.

9 Freiburg 1925.

6 München-Gladbach 1925.

10 Freiburg 1929.

7 München-Gladbach 1926.

Nation« geistesgeschichtlich entwickelte. Kein Wunder, daß mir und vielen anderen jungen Katholiken der damaligen Zeit trotz unserer tiefen Verehrung für Reichskanzler Wilhelm Marx Heinrich Brüning als der Staatsmann erschien, den wir seit langem ersehnt hatten. Obwohl in der Zentrale der Arbeitervereine wohl nur Joos ebenso wie Ritter, der auf die Organisation keinen Einfluß hatte, der konservativen Richtung zuneigte, so unterstützten die Arbeitervereine vorbehaltlos Brüning und das trotz einer sich stetig steigernden Arbeitslosigkeit und der schweren Lasten, die er breitesten Schichten des deutschen Volkes auferlegen mußte, während ich von Funktionären der christlichen Gewerkschaften mehr oder weniger offene Kritik an dessen Wirtschafts- und Finanzpolitik hörte. Im Unterschied zum Kabinett Brüning hatten die führenden Männer des Kettelerhauses der Koalitionsregierung Marx mit der Deutschnationalen Volkspartei reserviert gegenübergestanden.

In der Frage des Sozialen bestand bei allen Unterschieden im Detail Einverständnis darüber, daß sie lösbar sei und nicht eine dynamisch sich entwickelnde Problematik jeder Gesellschaft darstellte. Die Arbeiterschaft sollte politisch und gesellschaftlich gleichberechtigter Stand – zum Unterschied vom sozialistischen Klassenbegriff – werden und eine Sicherung ihres Lebensunterhaltes haben. Eigentumbildung in Arbeiterhand, vor allem in der Form des Eigenheims, wie es damals der Führer einer kleinen katholischen Gruppe, der Großdeutschen Jugend, Nikolaus Ehlen, propagierte, war ein weiteres Ziel. Der Idee eines bürokratisch organisierten Wohlfahrtsstaates als einer durch umfassende Umverteilung des Einkommens geschaffenen Mammutversicherungsgesellschaft stand die Führung der Arbeitervereine unter dem Einfluß des Subsidiaritätsprinzips zurückhaltend gegenüber.

Wenn Letterhaus auf dem Kongreß der Katholischen Arbeiter Internationale 1928 die Forderung nach einer Betriebsdemokratie und einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter erhob, so stimme ich der Deutung von Aretz¹¹ zu, daß dieses mit dem Mitbestimmungsrecht von heute bis hinein in die Betriebsführung wenig zu tun hatte.¹² Denn in den zahlreichen Erörterungen, die ich in diesen Jahren mit der Führung des Kettelerhauses hatte, ist die Mitbestimmung niemals erörtert worden, obwohl man mir üblicherweise bedeutendere Rechtsfragen zur Stellungnahme vorlegte.

Hatten sich die Arbeitervereine bis zum Jahr 1930 hauptsächlich mit Kommunismus und Sozialismus als ihren hauptsächlichlichen Gegnern auseinandergesetzt, so wurde infolge des Anwachsens des Nationalsozialismus nunmehr auch diese Bewegung kritisch durchleuchtet. Hauptangriffspunkt bildete die Relativierung von Sittlichkeit und Moral durch ihren Bezug auf die germanische Rasse sowie die Bedrohung der persönlichen Überzeugung und der katholischen Schule, für die sich die Arbeitervereine in einem jahrzehntelangen Kampf eingesetzt hatten.

Eine Kritik an der nationalsozialistischen Theorie und politischen Praxis war nicht nur aus grundsätzlichen, sondern ebenfalls aus praktischen Gründen erforderlich, wenn auch die Wahlergebnisse bis zu den letzten noch halbfreien Wahlen am 5. März 1933 zeigen, daß sich der katholische Volksteil gegenüber dem Nationalsozialismus reserviert verhielt. Immerhin waren 1930 bei einem Anteil der Arbeiter an der erwerbstätigen

11 Aretz, a.a.O., S. 36, Anm. 201a.

12 Vgl. dazu die im Jahr 1928 erschienene Schrift von Fritz Naphtali, *Wirtschaftsdemokratie*. Köln/Frankfurt, 4. Auflage 1977.

Bevölkerung von 46,3 Prozent diese in der NSDAP mit 26,3 Prozent vertreten. Bis 1933 steigerte sich dieser Anteil um ein Drittel. Der Einbruch in diese Schicht gelang der Partei vor allem bei denjenigen, die weder kirchlich noch parteipolitisch oder gewerkschaftlich gebunden waren.

Damals war die Führung der Arbeitervereine fest davon überzeugt, daß Hitler niemals Reichskanzler werden würde und verneinte nach seiner Regierungsübernahme die Dauerhaftigkeit des Systems. Bei dem Radikalismus des Nationalsozialismus rechnete sie nach einem Aufflackern der verschiedenartigsten Emotionen und Ressentiments mit deren Zerfall in absehbarer Zeit und mit der Abwanderung enttäuschter Wähler als Folge unerfüllbarer Versprechungen. Eine kleine Episode mag die Haltung breiter Teile des politischen Katholizismus zu Beginn der dreißiger Jahre verdeutlichen. Vor den Septemberwahlen 1930 sprach Hitler in einer Riesenversammlung in Köln, wohin die Partei Massen mit Bussen und Sonderzügen aus dem Ruhrgebiet in Bewegung gesetzt hatte. Um einen persönlichen Eindruck von Hitler zu gewinnen, besuchte ich diese Kundgebung, die ihrer ganzen Anordnung nach mehr einem Theater als einer politischen Veranstaltung glich. Nichtsdestoweniger begeisterte sie die Massen. Jede Minute im Ablauf war kalkuliert. Am Ende längeren Wartens betrat der »Führer« mit zahlreichem Gefolge den Saal, mit Ovationen immer wieder überschüttet, die vom Kölner Gauleiter Grohé vorprogrammiert, sich im weiteren Ablauf der Veranstaltung periodisch wiederholten. Kinder und Alte, Angehörige verschiedener Stände huldigten dem »Führer«, bis dieser das Wort zu einer inhaltlich belanglosen, um so mehr aber an Emotionen und Ressentiments appellierenden Rede ergriff. Das alles stand in völligem Gegensatz zu Kundgebungen anderer Parteien, in denen beispielsweise Wirth, Marx, Stresemann oder Treviranus gesprochen hatten. Nach Schluß dieser Kundgebung lief ich noch längere Zeit durch die Straßen Kölns, um den Eindruck zu verarbeiten und den Standort der NSDAP im Gefüge der Weimarer Republik zu bestimmen. Das Ergebnis dieses Nachdenkens schlug sich in einem Aufsatz mit der Überschrift nieder: »Wenn Hitler zur Macht kommt«. Noch heute erinnere ich mich des Schlußsatzes, in dem ich ausführte, daß kommende Geschlechter an die Stelle des durch Krieg zerstörten Kölner Doms eine Gedenktafel setzen würden. Diesen Artikel bot ich der »Kölnischen Volkszeitung« an. Der damalige Innenredakteur, Josef Hofmann, der nach dem Zweiten Weltkrieg die »Aachener Volkszeitung« herausgab und sich als Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen Verdienste auf dem Gebiet der Kulturpolitik erwarb, bat mich zu einer Besprechung mit dem Ergebnis, daß mein Aufsatz nicht veröffentlicht wurde. Die Begründung ist für das Denken der damaligen Zeit kennzeichnend. Eine Regierungsübernahme durch die NSDAP sei ausgeschlossen. Bei ihr handle es sich um eine vorübergehende Bewegung. Des weiteren werde Reichspräsident von Hindenburg Hitler niemals zum Reichskanzler ernennen und die Reichswehr eine solche Ernennung nicht dulden. Mein Aufsatz, der immerhin die Möglichkeit einer Regierungsübernahme durch Hitler einräume, sei daher nicht nur unreal, sondern werde die Unsicherheit in der Bevölkerung vermehren. Kurze Zeit später unterhielt ich mich sowohl mit Groß als auch mit Ritter über die Thesen meines Aufsatzes. Beide stimmten darin überein, aus den von Hofmann angeführten Gründen unterbleibe besser die Veröffentlichung. In meinen Unterhaltungen hatte ich mich auf Lenin und Mussolini bezogen, weil mich beide Staatsmänner und ihr von ihnen geschaffenes politisches System stark beeindruckt hatten und ich glaubte, ideologische Beziehungen zwischen diesen und dem Nationalso-

zialismus erkennen zu können. Mein Einwand wurde mit dem Argument abgelehnt, die Verhältnisse des Deutschen Reichs könnten eben nicht mit denjenigen Rußlands und Italiens verglichen werden.

Zufällig weilte ich Ende Mai 1932 in der Redaktion der WAZ, um einige Glossen für diese Zeitung zu besprechen, als Groß von Berlin aus angerufen wurde und die Nachricht erhielt, Brüning sei gestürzt worden. Groß reagierte sehr ernst. Er sagte mir nur, was nun werden solle, wisse er nicht. Ich verließ ihn, damit die Führung des Kettelerhauses, soweit sie in Köln anwesend war, unter sich beraten konnte.

Nach einigen Tagen wurde mir in Gesprächen mit Letterhaus und Groß bedeutet, daß die Arbeitervereine das soeben gebildete Kabinett von Papen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln bekämpfen würden. Auch Müller und Joos vertraten diesen Standpunkt. Meine Frage, was nach Papen kommen solle, blieb unbeantwortet und erregte Ärger. Ritter, der damals für ganz kurze Zeit mit der Leitung der »Germania« betraut wurde, setzte sich für eine Unterstützung von Papens ein, wobei er mir andeutete, daß Gickler und führende Persönlichkeiten anderer katholischer Verbände einen anderen Standpunkt als die Führung der katholischen Arbeitervereine einnahmen. Rückblickend sehe ich zwei wesentliche Gründe für die bedingungslose Ablehnung der Regierung von Papens. Einmal verzieh man diesem nicht, daß er die Nachfolge Brünnings angetreten hatte. Zweitens mißfiel die Zusammensetzung des Kabinetts, das überwiegend aus Adligen bestand.

Nach meiner Meinung wird von Papen als politische Persönlichkeit in der zeitgeschichtlichen Wissenschaft nicht gerecht beurteilt. Allzu stark spricht das Ressentiment mit. Im Zusammenhang der Weimarer Republik dürfte er ein Reichskanzler von durchschnittlicher Qualität gewesen sein, der zwar den Vergleich mit Brüning und Stresemann nicht aushält, aber Reichskanzlern wie Bauer, Fehrenbach oder Müller gewachsen war. Sein Kabinett umfaßte zahlreiche Persönlichkeiten mit fachlicher Qualität. Ich glaube ihm, wenn er in seinen Memoiren schreibt, daß er am 31. 5. 1932 bei seiner Zusage an Kaas den Willen hatte, eine ihm angetragene Kanzlerschaft nicht anzunehmen, daß ihn aber emotionale Gründe, die mit der Persönlichkeit des greisen Feldmarschalls und Reichspräsidenten zusammenhingen, in der entscheidenden Unterhaltung zum Umfall bewogen haben.¹³ Politisch muß man den Vorwurf gegen von Papen anders formulieren. Vor der Annahme des Regierungsauftrags oder jedenfalls vor der Bildung des Kabinetts mußte er sich vergewissern, ob er ebenso wie Brüning eine ihn tolerierende Mehrheit im Reichstag haben würde. Auf die Versicherung Schleichers, Hitler werde sein Kabinett hinnehmen, durfte er sich nicht verlassen.¹⁴ War aber das Vorhandensein einer ihn tolerierenden Mehrheit zweifelhaft, so mußte die Frage einer Vertagung des Reichstags sehr sorgfältig geprüft werden, involvierte doch eine solche Politik einen Verfassungsbruch. Wie wir wissen, ist diese Möglichkeit sowohl am Ende der Reichskanzlerschaft von Papens als auch von Schleichers im Januar 1933 erwogen worden. In der Art und Weise des Zustandekommens der Regierung von Papen war ihr Scheitern von Anfang an vorgezeichnet. Bereits bei seiner ersten Besprechung mit Hitler

13 Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*. München 1952, S. 188ff.

14 Ebd., S. 187.

am 9. 6. 1932 gab dieser zu verstehen, daß er das neue Kabinett nur als Zwischenlösung ansehe und selbst die Kanzlerschaft anstrebe.¹⁵

Den schweren politischen Fehler, den totalitären Charakter der nationalsozialistischen Bewegung zu verkennen, teilt von Papen mit zahlreichen Politikern seiner Zeit. Mit seiner Marburger Rede vom 17. 6. 1933, die ein konservatives Gegenprogramm zum Nationalsozialismus entwickelte, bewies er Mut. Sein Mitarbeiter Edgar Jung hatte sie entworfen und Walburga Pechel diktiert. Zu diesem Zeitpunkt war die Entwicklung zur totalen Machtergreifung weit vorgeschritten und der Reichspräsident zu alt, als daß von ihm noch entscheidende Impulse auf die Politik hätten ausgehen können. Unverzeihlich erscheint mir jedoch, daß von Papen nach dem von Hitler befohlenen Massenmord vom 30. 6. 1934, der das Ende des deutschen Rechtsstaats bedeutete und zweien seiner Mitarbeiter das Leben kostete, sich für weitere Aufgaben zur Verfügung stellte. Die Gründe, die er für dieses Verhalten in seinen Memoiren anführt, überzeugen nicht. Vielmehr läßt sich vermuten, daß eine gewisse Geltungssucht für seine Entscheidung ausschlaggebend war.

In die Zeit der Kanzlerschaft von Papens fällt ein Vorgang, nämlich der Versuch des Zentrums, im August und September 1932 mit den Nationalsozialisten ein Koalitionskabinett zu bilden. Die Verhandlungen wurden von Joos, Bolz und Schäffer geführt.¹⁶ Dabei bot das Zentrum an, Hitler als Reichskanzler zu akzeptieren und ihm damit die Schlüsselstellung für das Geschick des Deutschen Reiches einzuräumen.¹⁷ Das Zentrum war sogar bereit, eine Koalition aus NSDAP und DNVP unter Hitler als Reichskanzler zu tolerieren, wie Morsey nachweist.¹⁸ Parallelverhandlungen wurden um eine Kabinettsbildung in Preußen von Zentrum und NSDAP geführt, von dem Zentrum in der Absicht, die Nationalsozialisten ebenso wie einstens die Sozialdemokraten durch Einbeziehung in die Regierungsverantwortung zu einer maßvollen Politik zu führen, die Nationalsozialisten aus taktischen Gründen nur hinhaltend. Zutreffend urteilt Morsey: »Papens ›Diktaturgelüste‹ wurden überschätzt, Hitlers Gefährlichkeit heruntergespielt, sein Totalitätsanspruch nicht ernst genommen.«¹⁹ Zwar gab es auch im Zentrum - und zu ihnen zählte Adenauer - Kräfte, die die Daueropposition gegen von Papen für bedenklich hielten. Warnend wies der Zentrumsabgeordnete Schreiber auf die Parallele zur *Partito Popolari* Italiens hin.²⁰ Das hinderte nicht, daß auch das Kettelerhaus den Hauptgegner in von Papen erblickte. Zwischen Joos und Ritter kam es zum vollständigen Bruch. Wegen dieser Frage wurde auch das Verhältnis zu Gickler gestört. So wurde im Kettelerhaus der Sturz von Papens mit großer Befriedigung aufgenommen. Noch damals bedauerte Joos das Scheitern der Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP.²¹ Hierzu merkt Morsey an: »Daß die Zentrumsparterie von politischen Amateuren geleitet wurde, zeigte sich nach dem Sturz Brünings und hatte verhängnisvolle

15 Ebd., S. 195.

16 Siehe das heute klassische Werk von Rudolf Morsey, *Der Untergang des politischen Katholizismus*. Stuttgart/Zürich 1977, S. 51ff., 59f., 61ff.

17 Wachtling, S. 163ff.

18 Morsey, a.a.O., S. 58.

19 Ebd., S. 57.

20 Ebd., S. 14.

21 Wachtling, a.a.O., S. 167.

Konsequenzen. Die verärgerten und verbitterten Reaktionen gegenüber der Regierung und der Person Papen ließen jedes Augenmaß vermissen. Sie führten zu einer bis dahin unbekanntem politischen Trotzreaktion der Fraktion gegenüber einer legal zustandekommenen Reichsregierung. Die Parteiführung manövrierte sich damit in eine ihr bisher fremde Oppositions-, ja Abseitsstellung hinein, aus der sie nicht mehr herausfinden sollte.²² Dieses Urteil ist nicht zu hart, wenn man bedenkt, daß Kaas nach der Regierungsbildung Hitlers von Papen aufsuchte, um »einen Strich unter die Vergangenheit« zu setzen.²³

Joos sprach sich für eine Tolerierung der Regierung des Generals von Schleicher aus, obwohl auch hier wie bei von Papen eine die Regierung tolerierende Mehrheit angesichts des ungestümen Drängens Hitlers nach der Macht nicht erkennbar war. Falls der Reichspräsident nicht zum Verfassungsbruch bereit war – und dies war bei seiner grundsätzlichen Einstellung zu Verfassung und Eid und dem persönlich unterkühlten Verhältnis zu von Schleicher nicht zu erwarten –, so konnte dieser Regierung nur ein kurzes Zwischenspiel beschieden sein. Was sich bis zum 30. Januar abspielte, trug fast zwangsläufigen Charakter. Wenn man nach dem Krieg vermeintlichen und wirklichen Intrigen von Papens und der näheren Umgebung des Reichspräsidenten nachforscht, um das Zustandekommen des Kabinetts Hitler zu erklären, so gehen solche Untersuchungen an der politischen Realität zum Jahresbeginn 1933 vorbei. Nach dem Scheitern des Kabinetts von Papen blieb parlamentarisch keine andere Möglichkeit als die Betrauung Hitlers mit der Regierungsbildung. Das Zentrum selbst wußte keinen Ausweg aus der Krise.²⁴ Es forderte eine verfassungskonforme Lösung. Was aber bedeutet hier »verfassungskonform«? Dazu erklärt Morsey schlüssig: »Als solches konnte, ja mußte in erster Linie ein von Hitler geführtes Mehrheitskabinett oder zumindest ein von einer Mehrheit toleriertes Hitler-Kabinett gelten.« So führten Ressentiment und politischer Dogmatismus auf einen Weg, der jedenfalls zur Reichskanzlerschaft Hitlers beigetragen hat, obwohl schon damals im Aufbau der NSDAP die totalitäre Komponente unverkennbar war.

(Der zweite, abschließende Teil folgt.)

22 Morsey, a.a.O., S. 219.

23 Ebd., S. 116.

24 Ebd., S. 84f.